

INHALT

INHALTSÜBERSICHT	VIII
ABBILDUNGEN	XIX
TABELLEN	XXI
ABKÜRZUNGEN	XXIII
§ 1 PERSPEKTIVEN FÜR EINEN AUSWEG AUS DER ÖKONOMISCHEN EXKLUSION BEI PRIVATER ÜBERSCHULDUNG	1
§ 2 VERSCHULDUNG UND ÜBERSCHULDUNG PRIVATER HAUSHALTE	15
A. Verschuldung und Kreditvergabe in der volkswirtschaftlichen Theorie	15
I. Konstruktion finanzieller Schuldverhältnisse	15
II. Mikroökonomische Dimension kreditmäßiger Verschuldung	19
1. Grundannahmen neoklassischer und informationsökonomischer Theorien	19
2. Ex-ante-Informationsasymmetrien und Maßnahmen zur Lösung auftretender Konflikte	21
a) Auswirkungen von Informationsasymmetrien auf den Markt	21
b) Abbau von Informationsdefiziten durch Screening und Signalling	23
3. Umgang mit Wissensunterschieden im Verbraucherkreditgeschäft	25
a) Minderung der Informationsdefizite des Kreditgebers	25
aa) Bonitätsprüfung	25
bb) Kreditsicherung	28
b) Minderung der Informationsdefizite des Kreditnehmers	29
III. Makroökonomische Dimension kreditmäßiger Verschuldung	33
1. Theorie der Geldschöpfung und des Wirtschaftswachstums	33
2. Quantitative Ausmaße der Konsumentenkreditvergabe	35
a) Kreditvergabe als Wegbereiter wirtschaftlichen Aufschwungs in der neueren Geschichte	35
b) Konsumentenkreditstatistik	37

B. Überschuldung im Kontext ihrer finanzökonomischen Natur	39
I. Private Überschuldung in der sozialwissenschaftlichen Forschung	39
II. Private Überschuldung in der Insolvenzordnung	41
C. Überschuldung als Thema empirischer Untersuchungen	45
I. Strukturelle Gründe kreditbedingter Überschuldung	46
1. Forschung im internationalen Raum	46
2. Forschung in Deutschland.....	48
II. Situation und Lebenslagen überschuldeter privater Personen.....	50
1. Überblick über statistische Erhebungen und ihre Methodik.....	51
2. Auslöser für die Entstehung von Überschuldungssituationen	57
a) Darstellung der Ergebnisse.....	57
aa) Ergebnisse jährlicher Studien.....	57
bb) Ergebnisse der Einzelerhebung von Reill-Ruppe (2013)	60
b) Methodische Mängel.....	61
c) Interpretation der Ergebnisse	63
3. Soziodemografische Verteilung	66
a) Überschuldung nach Haushaltstyp	67
b) Überschuldung nach Einkommen.....	68
c) Überschuldung nach Bildungsabschluss	69
d) Überschuldung nach Altersklasse	71
4. Entwicklung in absoluten Zahlen	73
5. Folgen der Überschuldung	78
a) Ökonomische, soziale und gesundheitliche Destabilisierung	78
b) Belastung von Angehörigen und Nachfahren des Überschuldeten	81
c) Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	83
D. Zusammenfassung.....	85

§ 3 NATIONALE KONZEPTE ZUR ENTSCHEIDUNG PRIVATER HAUSHALTE 91

A. Gläubigerbefriedigung in der Rechtsgeschichte als ausschließliches Ziel des Insolvenzverfahrens.....	91
--	-----------

I.	Altrömisches Insolvenzrecht	92
II.	Anknüpfende Entwicklung in Kontinentaleuropa bis zur Zeit des Mittelalters	93
III.	Britische Insolvenzgesetze von 1542 und 1570	94
IV.	Weltweite Neuordnung des Insolvenzrechts ab dem 18. Jahrhundert ..	95
B.	Synthese von Gläubigerbefriedigung und Schuldbefreiung als effiziente ökonomische Gestaltungsform	97
I.	Liquidation und Fortführung als Alternativen im Umgang mit gescheiterten Unternehmen	97
II.	Fortführung als einzige effiziente Option des Umgangs mit gescheiterten natürlichen Personen	99
C.	Konzeptionelle Ausgestaltungen der Entschuldung natürlicher Personen im modernen Privatisolvenzrecht.....	101
I.	Marktmodell: quick fresh start	104
1.	Charakteristika und Zielsetzung	104
2.	Umsetzung und empirische Datenlage in England und Wales	105
3.	Umsetzung und empirische Datenlage in den Vereinigten Staaten von Amerika.....	113
II.	Wohlfahrtsmodell: fresh start for victims.....	121
1.	Charakteristika und Zielsetzung	121
2.	Umsetzung und empirische Datenlage in Schweden.....	123
3.	Umsetzung und empirische Datenlage in Dänemark, Finnland und Norwegen	127
III.	Haftungsmodell: earned fresh start	129
1.	Charakteristika und Zielsetzung	129
2.	Umsetzung und empirische Datenlage in Deutschland	131
a)	Außergerichtlicher und gerichtlicher Einigungsversuch	134
b)	Regelinsolvenz- bzw. Verbraucherinsolvenzverfahren.....	138
c)	Restschuldbefreiungsverfahren.....	143
aa)	Motivationssystem mit negativer Sanktionssetzung	143
bb)	Motivationssystem mit handlungsbestimmenden Vorteilserwartungen	152
D.	Zusammenfassung	160

§ 4 HARMONISIERUNG DES ENTSCHEIDUNGSRECHTS	
NÄTÜRLICHER PERSONEN.....	165
A. Regelungen zum Zwecke der Harmonisierung der Verfahrenspublizität in der Europäischen Insolvenzverordnung 2015	165
I. Zweck der Bestimmungen	166
II. Anwendbarkeit und Regelungsmechanismus.....	167
III. Rechtsrahmen des Insolvenzregisters	170
1. Einrichtung von Insolvenzregistern.....	172
2. Vernetzung von Insolvenzregistern.....	174
3. Kosten für die Einrichtung und Vernetzung der Insolvenzregister	175
4. Voraussetzungen für den Zugang zu Informationen über das System der Vernetzung	176
5. Rechtsrahmen der öffentlichen Bekanntmachung	177
IV. Datenschutzrechtliche Anforderungen an das Insolvenzregister	179
1. Regulatorische Ausgestaltung	179
a) Datenschutz	179
b) Aufgaben der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten in nationalen Insolvenzregistern	180
c) Aufgaben und Pflichten der Kommission.....	181
d) Speicherung personenbezogener Daten und Zugang.....	182
2. Bewertung unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Anforderungen der DSGVO.....	184
B. Rechtsakte zum Zwecke der Verfahrensharmonisierung im Kontext einer „Politik der zweiten Chance“	188
I. Umsetzung der Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung ab dem Jahr 2000	188
II. Small Business Act 2008	191
III. Mitteilung der Kommission über einen neuen europäischen Ansatz zur Verfahrensweise bei Firmenpleiten und Unternehmensinsolvenzen vom 12. Dezember 2012	192
IV. Empfehlung der Kommission für einen neuen Ansatz im Umgang mit unternehmerischem Scheitern und Unternehmensinsolvenzen vom 12. März 2014.....	194
C. Richtlinie (EU) 2019/1023 und Umsetzung der Vorgaben in deutsches Recht	197

I. Identifikation einer geänderten Problemlage und Inkrafttreten des finalen Rechtsakts	197
II. Zielsetzung und Kompetenzgrundlagen für die Europäische Union	202
1. Stellenwert des Art. 81 AEUV	203
2. Angleichung von Vorschriften im Binnenmarkt, Art. 114 AEUV	204
a) Voraussetzungen für die Kompetenzgrundlage	204
b) Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts durch präventive Restrukturierung und ein vereinfachtes Entschuldungsverfahren	206
3. Koordinierungsrechtsetzung, Art. 53 AEUV	211
III. Anwendungsbereich	214
1. Sachlicher Anwendungsbereich	214
2. Persönlicher Anwendungsbereich.....	215
3. Mitgliedstaatlicher Umsetzungsspielraum zur Modifikation des Anwendungsbereichs.....	216
IV. Inhalt der für das Privatinsolvenzrecht maßgeblichen Bestimmungen 217	
1. Zugang zur Entschuldung.....	217
2. Entschuldungsfrist.....	219
3. Verbotsfrist.....	220
4. Ausnahmeregelungen	220
5. Konsolidierung von Verfahren in Bezug auf berufliche und private Schulden	223
6. Regelungen zur präventiven Restrukturierung und Anwendbarkeit der Normen im Verbraucherinsolvenzrecht.....	224
V. Umsetzung in Deutschland durch das Gesetz zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens	227
1. Verkürzung der Verfahrensdauer für alle natürlichen Personen.....	228
a) Grundsatz der dreijährigen Abtretungsfrist und Evaluation des Verbraucherverhaltens.....	228
b) Sperrfrist und Verlängerung der Abtretungsfrist auf fünf Jahre im Wiederholungsfall	231
2. Ersatzlose Streichung des positiven Anreizsystems	232
3. Modifikation der Wirkung der Restschuldbefreiung.....	234
4. Außerkrafttreten von Tätigkeitsverboten	234
5. Anpassung der Obliegenheiten	236
a) Richtlinienkonformität bestehender Tatbestände.....	236
b) Obliegenheiten des Schuldners bei selbstständigen Tätigkeiten.....	240
c) Freigabe einer selbstständigen Tätigkeit	242
d) Wertherausgabepflicht.....	243
aa) Schenkungen.....	244

bb) Gewinne aus Spielen mit Gewinnmöglichkeiten	247
cc) Versagungsverfahren	248
dd) Verfahren zur Ausnahme von der Wertherausgabepflicht	248
e) Unangemessene Verbindlichkeiten während der Wohlverhaltensperiode	249
6. Rechtsrahmen für die Verarbeitung von Insolvenzinformationen durch Wirtschaftsauskunfteien	251
7. Übergangsregelungen nach Art. 103k EGInsO	253
a) Gestufte Verkürzung der Abtretungsfrist	253
b) Aufrechterhaltung der zehnjährigen Sperrfrist	257
c) Fristverlängerung bei der Erfolglosigkeitsbescheinigung	257
D. Entwurf für einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts, COM(2022) 702 final	258
I. Zweck der Bestimmungen	258
II. Struktur und Anwendungsbereich	259
III. Inhalt des Kommissionsentwurfs	260
1. Anfechtungsklagen	260
2. Aufspürung von zur Insolvenzmasse gehörenden Vermögenswerten	262
3. Pre-pack-Verfahren	263
4. Pflicht der Unternehmensleitung, die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zu beantragen, und zivilrechtliche Haftung	264
5. Entschuldung von Unternehmen im vereinfachten Liquidationsverfahren	265
a) Allgemeine Regelungen	265
b) Einleitung und Eröffnung des Verfahrens	266
c) Forderungsverzeichnis und Feststellung der Insolvenzmasse	267
d) Verwertung der Vermögenswerte und Verteilung der Erlöse	269
e) Entschuldung von Unternehmern	269
6. Gläubigerausschuss und Transparenzanforderungen	270
IV. Bewertung und Ausblick	271
E. Zusammenfassung	273

§ 5 BEWERTUNG DER NEUORDNUNG 279

A. Hinreichende Berücksichtigung der Eigentümerstellung der Gläubiger im Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren	279
I. Anforderungen an das Rechtsinstitut für die Annahme eines verfassungskonformen Eingriffs in den Schutzbereich des Art. 14 GG	280
1. Schutzbereich	282
2. Eingriff	282
3. Rechtfertigung	283
II. Verfahrensverkürzung ohne begleitende positive Anreizsetzung.....	288
1. Verfahrensverkürzung	288
a) Minderung der Gläubigerbefriedigung	288
b) Begrenzung des Forderungsverlusts durch Verzicht auf Ausübung des Wahlrechts nach Art. 1 Abs. 4 UAbs. 1 Restrukturierungsrichtlinie.....	289
2. Keine begleitende positive Anreizsetzung	295
a) Positionierungen zu einer vollständigen Abkehr	295
b) Positionierungen zu einer eingeschränkten Aufrechterhaltung	296
c) Vermittelnde Lösung für einen angemessenen Interessensaustausch.	298
aa) Einflussnahme auf die Zahlungsmoral	298
bb) Einflussnahme auf die Bemühungen um eine Gläubigerbefriedigung	300
III. Berücksichtigung lediglich schützenswerter Schuldnerinteressen	303
1. Novellierung der Obliegenheiten und Versagungstatbestände	303
a) § 295 S. 1 Nr. 2 InsO.....	303
b) § 295 S. 1 Nr. 5 InsO.....	306
aa) Nutzen der Obliegenheit bei amtswegiger Versagungsmöglichkeit.....	308
bb) Nutzen der Obliegenheit bei gläubigerautonomer Versagungsmöglichkeit.....	313
c) § 295a InsO.....	314
d) Versäumnisse des Gesetzgebers	315
2. Differenzierung zwischen Erst- und Zweitantrag.....	316
a) Probleme durch eine pauschale Schlechterstellung von Schuldnern im wiederholten Überschuldungsfall	316
b) Lösung durch Sanktionierung unredlichen Schuldnerverhaltens im Einzelfall	319
3. Tatbestandliche Rückanknüpfung	320

IV. Positive soziale und ökonomische Auswirkungen	326
1. Von Verbänden angenommene nachteilige Effekte	327
2. Stellungnahme	330
3. Reformansätze	332
V. Ergebnis und Handlungsempfehlungen	334
B. Angemessene Ausgestaltung konsensualer Einigungsversuche	336
I. Zweck	336
II. Empirische Bestandsaufnahme	338
1. Außergerichtliche Einigung	338
2. Gerichtliche Einigung	346
3. Insolvenzplan	348
III. Analyse von die Erfolgsaussicht einschränkenden Faktoren	351
1. Berücksichtigung eines Zusammenwirkens von konsensualen Einigungen und Restschuldbefreiungsverfahren	351
a) Restschuldbefreiung als Mittel zum Machtausgleich	352
b) Restschuldbefreiung als Mittel zur Veränderung von Gläubigerverhalten	353
2. Keine Bemühungen um Stärkung privatautonomer Verhandlungsmöglichkeiten	355
a) Zustimmungsersetzungsverfahren	355
b) Aussichtslosigkeitsbescheinigung	360
c) Moratorium	364
d) Frühwarnsystem	366
e) Standardisierung	369
aa) Formulare beim außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahren	369
bb) Formulare beim Insolvenzplanverfahren	372
IV. Ergebnis und Handlungsempfehlungen	376
C. Einschränkungen des fresh starts nach Erteilung einer Restschuldbefreiung oder erfolgreicher konsensualer Einigung	380
I. Finanzielle Belastung durch den Regelungsinhalt des § 302 InsO	380
1. Finanzielle Anforderungen an einen fresh start	380
2. Von der Restschuldbefreiung ausgenommene Forderungen	382

3. Rechtfertigung der Ausnahmeregelungen	386
a) Rechtfertigung einzelner Tatbestände	386
b) Bewertung vor dem Hintergrund der Anforderungen an einen relativen Neuanfang	388
4. Privilegierung von Steuerforderungen als Hindernis für die Erlangung eines finanziellen Neuanfangs.....	391
a) Faktische Versagung eines relativen Neuanfangs für verurteilte Steuersünder	391
b) Wegfall der Möglichkeit zur Kostenstundung.....	393
c) Keine zeitliche Grenze für die Berücksichtigung einer Verurteilung ..	395
5. Rechtmäßigkeit des Ausschlusses von Steuersündern von der Restschuldbefreiung unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten	396
6. Ergebnis und Handlungsempfehlungen.....	400
II. Ökonomische Beschränkung durch Speicherung von Insolvenzinformationen über die Verfahrensdauer hinaus.....	405
1. Ökonomische Anforderungen an einen fresh start	405
2. Prozesse und Rechtsrahmen der Verarbeitung von Insolvenzinformationen	407
a) Öffentliche Bekanntmachungen im Internet	408
aa) Gesetzesintention und Aufbau einer Insolvenzbekanntmachung.	409
bb) Übermittlung an das Insolvenzportal und Sichtbarmachung	416
cc) Abfragen während der Veröffentlichungsdauer	418
dd) Löschung nach Ablauf der festgesetzten Frist	422
b) Verarbeitung durch Wirtschaftsauskunfteien	424
aa) Zweck der Verfügbarmachung und Aufbau einer Auskunft	424
bb) Crawling aus dem Insolvenzportal.....	426
cc) Änderung des Status bestehender Forderungen auf der Grundlage der bezogenen Information	427
dd) Löschung nach Ablauf der festgesetzten Frist	428
3. Auswirkungen der Verarbeitung auf die ökonomische Exklusion ehemals überschuldeter natürlicher Personen	433
4. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung des Merkmals einer erteilten Restschuldbefreiung nach Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. f DSGVO.....	436
a) Berechtigtes Interesse	438
aa) Einordnung	438
bb) Bestehen eines Eigen- oder Fremdinteresses.....	440
cc) Berechtigung des Interesses.....	443
b) Erforderlichkeit	452
c) Überwiegende Interessen.....	459
aa) Spannungsfeld	459

bb) Abwägung	463
5. Ergebnis und Handlungsempfehlungen	471
D. Zusammenfassung.....	478
§ 6 AUSGESTALTUNG EINES GEÄNDERTEN RECHTSRAHMENS	485
A. Sperrfrist und Wiederholungsverfahren.....	485
B. Obliegenheiten des Schuldners	487
C. Entscheidung über die Restschuldbefreiung	489
D. Speicherung von Insolvenzinformationen durch Wirtschaftsauskunfteien	491
E. Von der Erteilung der Restschuldbefreiung ausgenommene Verbindlichkeiten aus einem Steuerschuldverhältnis wegen einer Steuerstraftat	492
F. Zustimmungersetzungsvorfahren und Aussichtslosigkeitsbescheinigung	493
G. Standardisierung von Formularen im Schuldenbereinigungsverfahren und Insolvenzplanverfahren.....	499
H. Frühwarnsystem für Verbraucher	500
§ 7 RICHTSCHNUR UND REALITÄT - DEFIZITE BEI DER VERWIRKLICHUNG DER ZIELE DES PRIVATINSOLVENZ- UND RESTSCHULDBEFREIUNGSRECHTS.....	503
LITERATUR	517
INTERNET	611
RECHTSPRECHUNG.....	623